

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **31 (1941)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

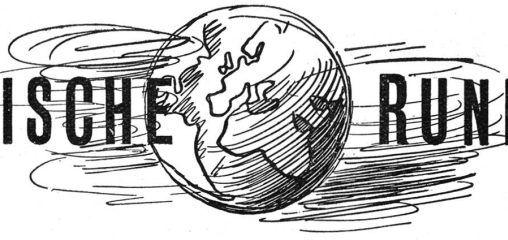
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU



Eine Probe für die Demokratie

—an— Am 6. April 1930 trat die neue schweizerische Alkoholgesetzgebung in Kraft. Sie unterband das private Brennen, verpflichtete die Alkoholverwaltung, die vorhandenen und noch produzierten Erzeugnisse an Kernobstschnaps anzukaufen, verpflichtete sie, Brennshäfen aufzukaufen und zu vernichten, konzessionierte die Brennereien unter bestimmten Bedingungen und stellte ihr vor allem die Aufgabe, für die Veredelung des Obstbaus zu sorgen und die Erträge zum Wohle dieses Sektors unserer Landwirtschaft zu verwenden. Die Handhabung des neuen Gesetzes-Instrumentes, das eine eingreifende Besteuerung und damit Verteuerung des Schnapses ermöglichte, sollte dem Konsum des Volksgiftes einen Riegel schieben.

Es kamen Jahre, in welchen die Alkoholverwaltung einen schweren Kampf durchfocht und in Krisen und Defizite hineinglitt. Die Ursachen blieben nicht unverständlich. Auch ohne „Sanierung“ wären sie mit der Zeit verschwunden oder hätten ihre Kraft verloren. Es gab nicht mehr, wie zu Beginn, massenhafte Quanten von Kernobstbranntwein zu untragbaren Preisen zu übernehmen. Und die Brennshäfen verminderten sich und frahen nicht mehr, wie zu Beginn des neuen Regimes, jährlich so und so viel weg. Die Defizite verwandelten sich wieder in Gewinne, und 1940 wies die Abrechnung wieder ein Plus von 14 Millionen aus. Die jährlichen Aufwendungen für den Obstbau und alle weiteren Leistungen sind also heute gesichert. Von 1933 bis 39, so wird festgestellt, hat die Landwirtschaft von der Alkoholverwaltung fast 64 Millionen erhalten. 7,7 Millionen wurden von 32 bis 39 aufgewendet, um unbemittelten Volkstreifen billigeren Obst zu verschaffen, um Frachten für den Obsttransport zu verbilligen, um Trester und Mostbirnen andern als Brennshwecken zuzuführen... „Brennverminderungsbeiträge“... um das Dörren von Obst und die Fabrikation von Obstkonzentraten zu fördern. 1,2 Millionen dienten dazu, 34.000 Mostobstbäume zu pflanzen, über 180.000 Bäume umzupflöpen, 1½ Millionen von Bäumen „umzustellen“.

Von den 41.300 Brennshäfen, die wir im September 1930 zählten, sind rund 5600 von der Verwaltung aufgekauft worden. Der Bestand ist auf etwas über 34.000 zurückgegangen. Statt der 95.000 Hektoliter Kernobstbranntwein erzeugen wir heute noch rund 13.000.

Das Geld, das die Verwaltung für ihre Aufwendungen irgendwoher haben mußte, bleibt kein Rätsel mehr, wenn wir wissen, daß die Alkoholverwaltung bis 1939 Fr. 2.—, seit dem November 39 aber 5,73 per Liter „100 % Trinksprit“ nimmt, und daß ausländischer Sprit von Fr. 1.15 auf Fr. 5.35 erhöht wurde. Das Resultat ist schön: Der Konsum von Branntwein ist um die Hälfte zurückgegangen. Man sollte meinen, wir könnten mit dem Erreichten zufrieden sein und uns freuen, daß noch mehr erreicht werden wird, noch weniger Schnapsgenuß, noch bessere Obstverwertung. Zumal jetzt, in der „Notzeit“.

Es war noch nicht „Notzeit“, und es waren noch nicht die Jahre der neuen Gewinnrechnungen unserer Alkoholverwaltung, als die „Reval-Initiative“ lanciert wurde, die Initiative zur Revision der Alkoholgesetz-

gebung. Es war der 29. Dezember 1937, als die Initianten ihre Unterschriften für das Begehren zusammengebracht hatten, es sei die Sachlage wieder herzustellen, wie sie vor dem 30. April 1930 bestanden habe. Das heißt, daß wiederum die Brennerei freigegeben und die Besteuerung aufgehoben werde. Wein, Obst und ihre Abfälle sollten wieder frei gebrannt werden... und verkauft, ohne daß der Fiskus das Seine dabei verdienen und den genannten Zwecken zuführen könne. Kantone und Altershilfe würden nichts mehr von der Alkoholverwaltung beziehen. Selbstverständlich würden die Brennshäfen wieder an Zahl zunehmen, die Schnapsler ebenso... und die Bauern würden, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, das herstellen, was den besten Erlös verspräche, Volkswirtschaft und Volksgesundheit hin oder her.

Wenn das Volk am 8. und 9. März nächsthin zur Urne gehen und über die Initiative abstimmen wird, steht es unter dem Eindruck einer einhelligen Verwerfungssparole „von oben“. Nicht nur der Bundesrat und das Parlament, auch alle Parteien sind der Ansicht, es gehe nicht an, eine Ordnung, die sich bewährt habe, umzustürzen und wieder ins Chaos zu schitteln. Und man sollte meinen, unsere besondere Zeit mit ihren Ernährungsorgen belehre den Leuten, daß man eigentlich noch zu wenig radikal mit der Brennerei verfare... daß keine einzige Frucht in Schnaps verwandelt werden dürfte, solange wir um das tägliche Brot zu hangen haben. Wer weiß, ob die „Reval-Initianten“ heute die Unterschriften fänden, die sie anno 37 fanden: Fast 130.000. Ja, wer weiß, ob sie die Sterne hätten, ihr Volksbegehren loszulassen!

Aber wie gesagt, es war 1937. Und die vorangegangene Krise der Alkoholverwaltung... heute eine überwundene Sache... ließ allerlei Gedankengänge zu, die auch heute noch einen Teil der Ja-Stimmenden bewegen werden: Abbau des Beamtenapparates in der Alkoholverwaltung. Als ob der „Apparat“ die eigentliche Ursache der Defizite gewesen sei, und nicht das Schnaps-Überfluß-Erbe aus der Vergangenheit!

Wir werden am 9. März eine „Probe der Demokratie“ zu bestehen haben. Es herrscht ein untergründiges Mißtrauen gegen den „Staat“ und seinen „Apparat“ im Volke, als sei er der eigentliche Feind der demokratischen Rechte, unter denen man so oft die Freiheit versteht, alles zu tun, was man will, und alles für sich zu behalten, was man verdient hat. „Demokratie und Liberalismus“, so sagen die Erzfeinde der Demokratie, „bedeuten Geschäftsfreiheit, nichts anderes.“ Das Volk hat im „Fall Alkohol“ demokratisch zu bekräftigen, daß es keine seiner wertvollen Freiheiten durch eine schädigende „Geschäftsfreiheit“ zerstören lassen will.

Benghasi

Der Versuch Grazianis, im „Dschebel“ östlich und in Stellungen südlich der Stadt, in der „südbenghasischen Senke“, den vordringenden Empire-Truppen General Wawells Widerstand zu leisten, blieb erfolglos und endete mit der völlig unerwarteten Einnahme Benghasis, in welchem man das wichtigste Zentrum der italienischen Verteidigung vermuten durfte. Die Zahl der Gefangenen, die nach einem Durchstoß der britischen Panzertruppen bis ans Meer südlich des Schlachtfeldes in der Falle blieben, war bis Anfang dieser Woche noch nicht be-

kannt, dürfte aber so beträchtlich sein, daß man sich fragen muß, was Graziani an Mannschaften und Material übrig bleiben werde. Ohne Hilfe von jenseits des Meeres ist seine endgültige Niederlage besiegelt, und selbst die italienischen Zeitungen dürfen mit bemerkenswerter Offenheit über die prekäre Lage der Kolonie schreiben. Man wird weitergehen dürfen: Ohne Einsatz gewaltiger Mittel in Afrika ist nicht nur die Kynenaika, ist nicht nur das ganze Libyen verloren, auch die Lage in Erythrea und damit in ganz Ostafrika verschlimmert sich zusehends. Der Widerstand der Felsenfestung Cheren, an der Bahnlinie Massaua—Asmara, verhindert nicht, daß die britische Südgruppe ihren Angriff an der Sperrstellung vorbei direkt auf Asmara treibt und damit die Verbindungslinie zwischen dem Meer und Abessinien an anderer Stelle anschneidet. Dazu breitet sich der Aufstand der Anhänger Haile Selassies langsam aber sicher aus.

„Benghast“ wäre also, stünde Italien isoliert, und bliebe der Krieg nur auf die Kolonialländer beschränkt, das Signal für die baldige Niederlage Roms und für die Vernichtung des „Impero“. Aber die Engländer wissen, daß das „Autorennen nach Benghast“, die von den Australiern zurückgelegten „250 km in zehn Tagen“ höchstens das Signal für verstärkte Aktivität der Achsenmächte im Mittelmeergebiet oder für die Beschleunigung der Aktion gegen die britische Hauptinsel, sein wird . . . oder für die „Balkanaktion“.

Eine britische Zeitungsstimme nimmt an, nach dem Falle Benghast trete ein „Stop“ in Bawells Aktion ein. Nicht nur, weil der neu eroberte Hafen . . . übrigens der beste in ganz Libyen . . . nahe genug an Malta und Sizilien liege, um der Verteidigung des Syrtenermeeres soviel dienen zu können wie die übrigen, weiter westlich liegenden Häfen, einschließlich Tripolis, sondern vor allem, weil die Deutschen in Sizilien eine gewaltige Luftmacht zusammenziehen und zu einem Großangriff rüsten, der mit einem Schläge die Herrschaft über Meer und Luft einbringen sollte. Wir wissen, daß die Flotte Englands immer noch nicht vom Meere vertrieben wurde; der Angriff auf den Hafen von Genua vom letzten Sonntagmorgen beweist es. Wir wissen auch, daß die Verteidigung von Malta nicht zerschlagen wurde; wenigstens behauptet Churchill in einer Radiorede, bei der Attacke gegen den Flugzeugträger „Autritious“ und gegen den Hafen von Baletta, wohin er sich geflüchtet, seien „in zwei oder drei Tagen von 150 Sturzkampfflugzeugen 90 abgeschossen worden“. Und die Deutschen seien seitdem nicht wiedergekommen. Die englische Zeitung, die von den deutschen Vorbereitungen in Sizilien berichtet, nimmt offenbar an, daß sie doch wiederkommen werden, und zwar mit ganz andern Einfäßen als das erste Mal. Afrika wird das eigentliche Angriffsfeld der Achse werden müssen, wenn das „Empire“ sich nach einer Eroberung der britischen Hauptinsel nicht ergibt. Schon darum muß man die Nachrichten von den Mittelmeervorbereitungen ernst nehmen.

Eine sonderbare Alarmmeldung kommt aus Spanien. Ein „Wissender“ will erfahren haben, es stünden in Marokko . . . im spanischen . . . eine ganze Viertelmillion Mann unter deutschen Offizieren. Es wären also in aller Stille Truppen und Material dort besammelt worden, wo sie der britischen Flotten-Intervention entzogen bleiben, und der Moment wäre nahe, wo die Achse diese neue Armee in Beweana setzen müßte. Richtung wohin? Allenfalls über die französischen Kolonien hinweg . . . Richtung Benachast? Wir gestehen, daß diese von unserer Presse übermittelte Nachricht sehr abenteuerlich klingen, und daß man eher an eine der üblichen Verwirrungsmeldungen irgendwelcher Propagandastelle als an ein Faktum glauben kann.

Denn um über die französischen Kolonien in Nordafrika hinweg zu marschieren, braucht es in erster Linie die Einwilligung von Bichys, die sehr schwer zu erhalten ist. Wenn Gaud hat kategorisch dementiert, daß von einer Überlassung

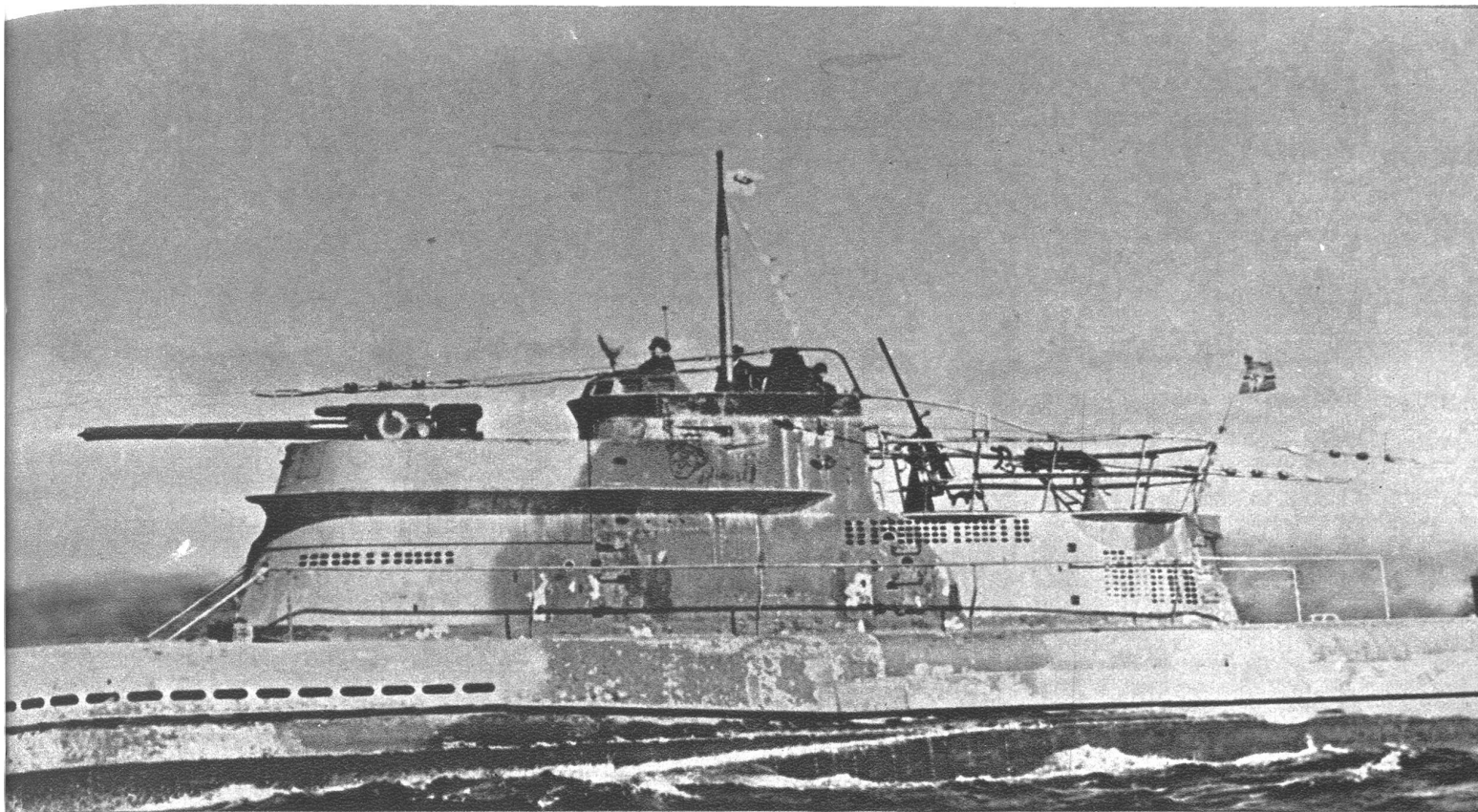
Bizertas an die Achse nicht die Rede sein könne . . . er gab einem vorangegangenen andern Dementi die stärkste Sanftion durch die Formulierung seiner Worte. Mittlerweile hat sich in Bichy eine „Kabinettskrise“ ereignet, die deutlich zeigt, wie steif der Widerstand Bétains geblieben ist, und wie man ihn mit allen Mitteln nicht von seinen Wegen abbringen kann. Er hat Flandern als Außenminister ziehen lassen und Laval den Posten neuerdings angeboten; allein die Bedingungen, die er stellte, scheinen Laval nicht zu gefallen, und den Deutschen ebensowenig. Laval hat abgelehnt, und Bétain hat auf diese Ablehnung mit der Einsetzung des Admirals Darlan geantwortet. Darlan ist der Mann, der über den Rest der französischen Flotte im Sinne Bétain-Begangs verfügen wird. Die Formel der Haltung Bétains, „strikte Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen und Zusammenarbeit im Sinne der Begegnung von Montoire“ lautet auf gut deutsch: „Gewehr bei Fuß abwarten, welche Entwicklung der Krieg nehmen wird“ . . . und wenn möglich: „Ehrenvoller Friede mit den Achsenmächten.“

Es ist sicher, daß Berlin und Rom die Einsetzung Darlans als das auffassen, was sie ist, als Widerstreben gegen die Zusammenarbeit die man von Frankreich wünscht: Gegen England. Und es scheinen allerlei Maßnahmen im Gange, die danach trachten, Bétain in die Zange zu nehmen. Franco reist über Frankreich nach Italien. Gerüchte heften sich an die Nachricht über diese Reise. Wird der „Caudillo“ wiederum mit dem deutschen Führer zusammentreffen? Wird er die französische Regierung auffuchen . . . und was wird er mit ihr besprechen? Will er am Ende „zwischen Italien und England vermitteln“? Er trifft sich in Italien mit Mussolini . . . um einen reinen Höflichkeitsbesuch handelt es sich sicher nicht. Hat er Dinge im Sinn, welche den Kriegsbrand erweitern, oder bringt er einen „Feuerlösch-Apparat“ mit?

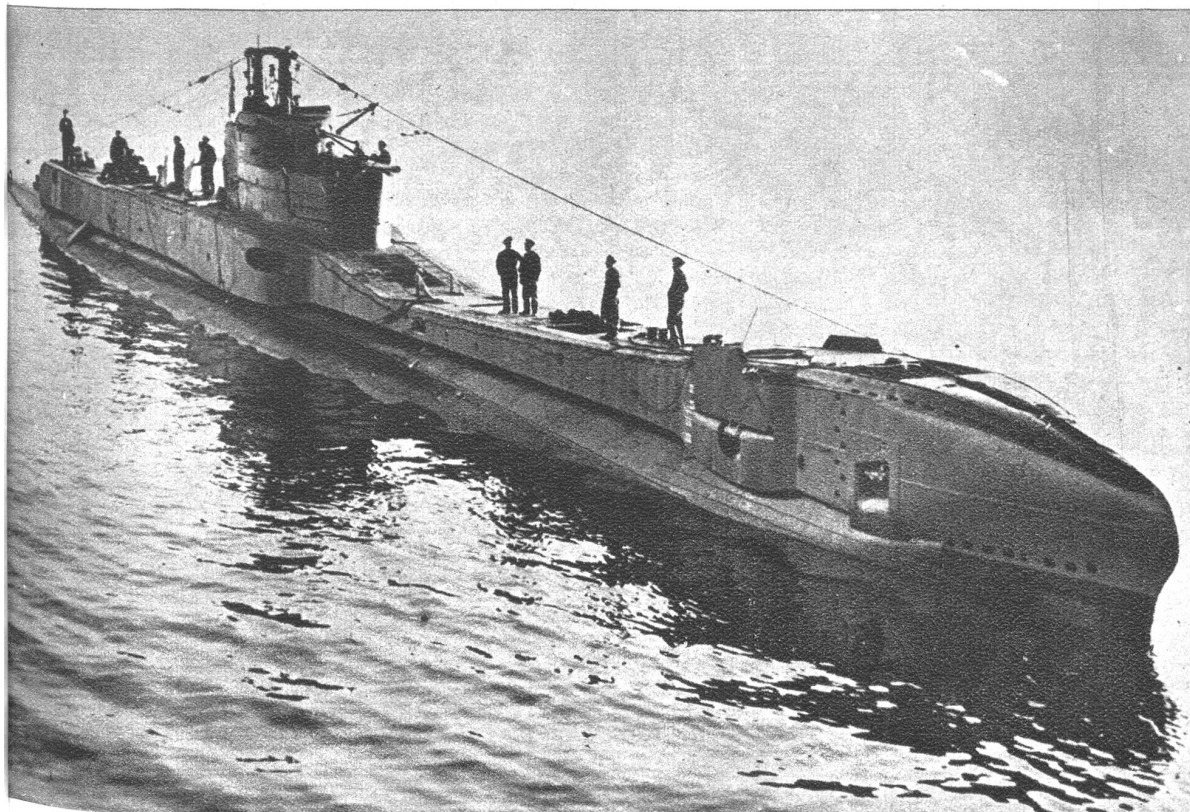
Wenn es sich um Kriegsausweitung handelt, dann bekommen die Gerüchte über die Truppenansammlung im spanischen Marokko den Sinn eines Druckes gegen Frankreich. Das „dritte Frankreich“, das bewaffnete, intakte Nordafrika, auf dessen Plattform Bichy allein seine Renitenz ausüben darf, würde also von der deutschen und italienischen Luftmacht in Sizilien auf der einen und von der in aller Stille ausgerüsteten Stoßarmee im Rif zwischen zwei Feuer genommen . . . und wenn es kampfflos nachgäbe, erhielte die ganze Achsenposition im Mittelmeer ein ganz neues Gesicht. Es handelt sich indessen, wir betonen dies, um reine Vermutungen. Doch hat die Kombination, wie wir sie hier bringen, allerlei für sich. „Es geht nicht an“, daß eine besiegte Macht sich in der Weise gegen weitere Zusammenarbeit sträubt und den Sieger an der richtigen Ausnützung seiner Erfolge hindert, wie dies Bichy tut . . . das muß der Gedanke der Achsenführung sein.

Die Engländer, die vor Monaten Spanien erlaubten, sich unter Durchbrechung der Blockade zu verproviantieren, wären die Genarrten gewesen? Sie hätten sich Garantien geben lassen, daß Spanien dem Dreimächtepakt nicht beitrete . . . und nun, da der schlimme Winter überstanden, käme es aus, was Franco unterdessen geduldet? Nämlich die Ausrüstung eines Expeditionskorps auf afrikanischem Boden, zur Entwurzelung Bichys? Man gewöhnt sich schwer an den Gedanken, daß die Engländer von derartig geschickten Plänen nichts gewußt haben sollten. Aber zugeben muß man, daß sie wenig dagegen tun könnten. Denn Nordwestafrika unterliegt sowenig ihrem Zugriff wie dem der Achse, solange Frankreich nicht einwilligt!

Was Franco in Bichy und Rom zu verhandeln hat, wird bald einmal an die Öffentlichkeit kommen. Er steht unter dem Eindruck des britischen Vormarsches bis Benghast . . . er steht ebenso unter dem Eindruck der Nachricht aus Amerika, wonach das Englandhilfe-Gesetz vom Repräsentantenhaus mit 260 gegen 165 Stimmen angenommen wurde. Er hat Nachricht vom japanischen Generalmobilisationsgesetz . . .



Der Kommando- und Geschützstand eines deutschen Unterseebootes. Die Unterseeboote sind, neben dem Flugzeug und den verschiedenen Tanks, die wichtigste und meist vervollkommenste Waffe des modernen Krieges. Es scheint, dass ihnen in der angekündigten Frühjahrsoffensive wichtige, wenn nicht entscheidende Aufgaben zugewiesen werden. Bereits im Jahre 1915 wurde von Deutschland der unbeschränkte U-Bootkrieg gegen die englische Handelsschifffahrt erklärt. Es war das einzige Kriegsmittel, dessen sich das Deutsche Reich gegen die Blockade durch die englische Seemacht mit Erfolg hoffte bedienen zu können. Die damalige, viel zu weitgehende Erklärung erregte aber solchermassen den Unwillen der Weltöffentlichkeit, insbesondere Amerikas, dass sich die deutschen Politiker veranlasst sahen, von der unbeschränkten Anwendung dieser Waffe vorderhand abzusehen. Trotzdem hatte die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges und seine ersten Erfolge jenen Umschwung in der amerikanischen öffentlichen Meinung bewirkt, der dann am 3. Februar 1917, zwei Tage nach dem neuerlich erklärten unbeschränkten U-Bootkrieg, zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten führte. — Heute sind zwar die Abwehrmittel gegen die Unterseeboote wesentlich verbessert worden, aber in Verbindung mit der Seeraufklärung durch Flugzeuge ist auch das Unterseeboot selbst zu einer fast unangreifbaren Waffe geworden. Die grossen Vorteile des Unterseebootes liegen darin, dass es untertauchend einem Angreifer leicht entgehen kann, wenn es nicht überrascht wird, — dass es wenig Personal braucht, ausserordentlich seetüchtig ist und fast keine Angriffsfläche bietet, — dass es ferner durch Neubauten rasch und in grösster Zahl vervielfältigt werden kann, — und dass es über eine sehr schwere Waffe verfügt. Ein oder zwei gutgezielte Torpedotreffer können auch die bestgepanzerten Schiffe innert kürzester Zeit zur Versenkung bringen. Besonders verheerend wirken U-Bootangriffe deshalb, weil die in Seenot geratene Besatzung der getroffenen Schiffe in der Regel nicht vom Angreifer aufgenommen werden kann, sondern vollständig auf die eigenen Rettungsboote angewiesen ist. Trotz dieser inhumanen Wirkung der U-Bootangriffe haben es seinerzeit Frankreich und vor allem besonders England strikte abgewiesen, auf ein vollständiges Verbot des Unterseebootkrieges einzutreten.



Zur Ankündigung des verschärften Unterseeboot- Krieges

Die ehemalige „Thetis“, jenes englische Unterseeboot, das bei einer Versuchsfahrt kurz vor dem Kriege mit seiner ganzen Mannschaft versank, später aber gehoben werden konnte und nun unter dem Namen „Thunderbolt“ (Donnerkeil) wieder in den Dienst gestellt wurde.